

## «Der Kern ..., um den sich die anderen Parteien gruppieren»

### Die württembergische Zentrumspar- tei in der Zeit der Weimarer Republik

In Stuttgart legten am 6. November 1918 die im Landtag vertretenen Parteien ohne die Konservativen und den Bund der Landwirte dem Kgl. Württ. Staatsministerium eine Erklärung vor, in der vor dem Hintergrund bedeutender politischer Veränderungen auf Reichsebene die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems in Württemberg gefordert wurde. Mit Nachdruck verlangten SPD, Zentrum, Nationalliberale und Volkspartei die Aufnahme von Parlamentariern in die Regierung. Die Führer der Parteien hatten Generalstaatsanwalt Dr. Johann Baptist von Kiene (1852–1919), der auch Vizepräsident des Landtags und Vorsitzender der Zentrumsfraktion war, damit beauftragt, mit dem Ministerpräsidenten Freiherr Dr. Karl von Weizsäcker zu verhandeln. Am Ende dieser Verhandlungen erklärten der Ministerpräsident und seine Minister ihren Rücktritt.

Es sei *der schwerste Gang meines Lebens* gewesen, seufzte der 66-jährige Kiene danach. Der Parlamentsveteran – seit einem Vierteljahrhundert



Der Jurist Adolf Gröber (1854–1919) war der Gründer der Zentrumspar-  
tei in Württemberg.

gehörte er der Kammer der Abgeordneten an – stand durchaus nicht hinter allen Forderungen nach grundsätzlichen Veränderungen des politischen Systems und war persönlich absolut königstreu. Andererseits konnte er den Wandel, den die Reformen der Reichsregierung unter Prinz Max von Baden (und mit seinem alten Parteifreund Adolf Gröber als Staatssekretär) festgeschrieben hatten, nicht einfach ignorieren, schon deshalb nicht, weil er wusste, dass das Zentrum sich an der Schaffung neuer Grundlagen aktiv beteiligen und in der neuen Regierung vertreten sein musste, um seinen politischen Einfluss geltend machen zu können.

Auch das württembergische Zentrum hielt sich an das Wort des längst verstorbenen Reichstagsabgeordneten Ludwig Windthorst: *Wie immer die Lokomotive fährt, ich fahre mit und suche bei Zeit und Gelegenheit zu bremsen oder selbst zu führen; Abstinenzpolitik ist Faulheit oder Dummheit.* Aber als die Parteiführer Kiene das Amt des Ministerpräsidenten anboten, winkte er unter Hinweis auf sein Alter ab. Er wollte nicht auch noch als Regierungschef der offiziellen Liquidator der alten Ordnung sein. Auf Bitten seiner Parteifreunde trat er aber als Verkehrsminister der neuen Regierung unter Ministerpräsident Theodor Liesching (Volkspartei) bei und war damit der erste Zentrumsminister in Württemberg.

Die Geschichte der württembergischen Zentrumspar-  
tei ist zugleich eine Erfolgsgeschichte und eine Chronik des völligen Scheiterns. Gegen das Zentrum konnte in Württemberg von Ende 1918 bis Anfang 1933 keine Politik gemacht werden, und als einzige politische Partei war es seit der Bildung einer ersten parlamentarischen Regierung im November 1918 durchgehend an der Regierung beteiligt. Und wenn es auch richtig ist, dass die Partei wesentlich daran beteiligt war, in Württemberg vergleichsweise stabile politische Verhältnisse zu gewährleisten, so war sie in entscheidenden Situationen nicht fähig, über den eigenen Schatten zu springen und etwa mit den Sozialdemokraten zumindest zu einem Grundkonsens zu finden und im demokratischen Schulterschluss die Feinde des republikanischen Staates abzuwehren. So erwies sich die Partei als überfordert, ihrem Auftrag als Stütze des neuen, demokratisch verfassten Systems

gerecht zu werden, und trug ihn – bemerkenswert hilflos gegenüber den Nationalsozialisten – mit zu Grabe.

*Katholische Reaktion  
in Oberschwaben und Ostwürttemberg –  
Bei Revolution Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten*

Die Gründung der württembergischen Zentrums-  
partei war 1894 auf maßgebliches Betreiben des  
Reichs- und Landtagsabgeordneten Adolf Gröber  
(1854–1919) erfolgt, der es geschickt verstanden  
hatte, den weitverbreiteten Unmut in großen Teilen  
der katholischen Bevölkerung im überwiegend pro-  
testantischen Württemberg zu kanalisieren und poli-  
tisch umzumünzen. Das württembergische Zen-  
trum, das in den ersten Jahren über keine ausge-  
bildete Organisationsstruktur verfügte und sich im  
Wesentlichen bei Wahlkämpfen auf den Volksverein  
für das katholische Deutschland und die örtlichen  
Geistlichen verließ, legte bei jeder Wahl zu, und  
gegen Ende des Königreichs war das Zentrum die  
stärkste politische Kraft im Land geworden – ein-  
deutiger Beleg dafür, dass sich die Katholiken bei  
Wahlen sehr gut mobilisieren ließen. Bei der Land-  
tagswahl von 1912 hatte die Partei 26 Mandate  
gewonnen und lag vor den Konservativen/Bauern-  
bund (20), Volkspartei (19), SPD (17) und den Natio-  
nalliberalen (10). Die ebenfalls 1912 abgehaltene  
Wahl zum Reichstag hatte dem Zentrum im Land  
vier von 17 Mandaten und den jungen Eugen Bolz  
erstmals, Adolf Gröber und Matthias Erzberger zum  
wiederholten Male in den Reichstag gebracht.

Die Partei hatte einen zuverlässig beständigen  
Wählerstamm in weiten Teilen Oberschwabens  
sowie in den ebenfalls im Wesentlichen katholi-  
schen, stark agrarisch strukturierten Gebieten Ost-  
württembergs (so Aalen, Gmünd, Neresheim, Ell-  
wangen). Bei einer Ersatzwahl zum Landtag, die am  
14. November 1918 im Wahlkreis Ravensburg statt-  
fand, kam diese unbeirrbar parteipolitische Bin-  
dung schlaglichtartig zum Ausdruck: Der Bewerber  
der Zentrums- und Schultheiß Konrad Fischer aus  
Baindt, wurde mit 3098 Stimmen gegenüber 825 der  
Kandidaten von SPD und USPD gewählt. Fischer  
konnte sein Mandat aber nicht ausüben, weil der alte  
Landtag infolge der revolutionären Entwicklung  
nicht mehr zusammentrat.

Das Zentrum vollzog den Wandel hin zu einer  
Beteiligung der im Parlament vertretenen Parteien  
an der Regierung mit, aber es tat sich schwer damit,  
auch in einer von Sozialdemokraten geführten  
Regierung mitzuwirken und mit Repräsentanten der  
Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) an einem

Tisch zu sitzen. Das Kabinett Liesching war am  
9. November 1918 im Wilhelmspalais zur Vereidi-  
gung erschienen, als sich in Stuttgart die Revolution  
Bahn brach. Arbeiter- und Soldatenräte gingen an  
die Öffentlichkeit. Am gleichen Tag trat eine aus SPD  
und USPD unter Vorsitz des Reichstagsabgeordne-  
ten Wilhelm Bloss (SPD) und des Redakteurs Arthur  
Crispien (USPD) gebildete Gegenregierung auf den  
Plan. Ministerpräsident Theodor Liesching erbat  
von dem nach Bebenhausen gezogenen König Wil-  
helm II. die Entlassung seines Kabinetts, die auch  
gewährt wurde, während Wilhelm Bloss erkannte,  
dass seine Regierung nur eine Zukunft haben  
würde, wenn er auch die bürgerlichen Parteien an  
der Regierung beteiligte. Das Zentrum war wie-  
derum gefragt, und der Verkehrsminister für zwei  
Tage, Johann Baptist von Kiene, trat in die erweiterte  
Regierung Bloss ein – nicht ohne schwerste Beden-  
ken. Aber nachdem der König selbst Kiene gebeten  
hatte, sich nicht zu versagen, stimmte dieser zu und  
wurde Justizminister. Bis 1933 haben Zentrums-  
politiker das Justizministerium in Württemberg geleitet,  
nach Kiene Eugen Bolz und Josef Beyerle.

Der Landesvorstand unter dem Reichstags- und  
Landtagsabgeordneten a. D. Alfred Rembold (1844–  
1922) und der Fraktionsvorstand unter Kiene trafen  
sich am 15. November 1918, um über das weitere Vor-  
gehen zu beraten. Das Ergebnis des Treffens wurde  
alsbald veröffentlicht. In der Entschließung hieß es,  
die gegenwärtigen Regierungen im Reich und im  
Land sollten in ihren Maßnahmen im Wesentlichen  
unterstützt werden, *soweit diese Maßnahmen allen Tei-  
len des Volkes gerecht werden*. Diesem überaus ein-  
schränkenden und zugleich wenig fassbaren Passus  
folgten drei Hauptforderungen: Zur Durchführung  
der Maßnahmen wurde die Schaffung örtlicher  
Volksräte, die sich *aus allen Berufsständen und allen  
politischen Parteien* zusammensetzen sollten, ebenso  
gefordert wie die Errichtung von Bürgerwehren und  
die alsbaldige Ausschreibung der Wahlen zu einer  
Verfassungsgebenden Nationalversammlung.

Das Zentrum bereitete sich intensiv auf die bei-  
den Wahlen im Reich und im Land vor und trat  
bereits am 27. November 1918 als erste der bürgerli-  
chen Parteien mit einem Wahlauf Ruf an die Öffent-  
lichkeit. Darin wurde die Möglichkeit der Wieder-  
herstellung der Monarchie, die in Württemberg  
staatsrechtlich ja noch bestand, – König Wilhelm II.  
dankte erst am 30. November ab, und Regierung und  
Räte standen nur auf provisorischer Grundlage –,  
ausgeschlossen und als *Gebot der Stunde* die Schaf-  
fung einer Staatsform, *welche den Anschauungen der  
überwiegenden Mehrheit des württembergischen Volkes  
entspricht*, nämlich die *demokratische republikanische*

*Staatsform* bezeichnet. Württembergs Selbstverwaltung sollte auch in Zukunft unangetastet bleiben, die Umwandlung des Reiches in einen Einheitsstaat wurde abgelehnt. Gefordert wurden alsbaldige Wahlen; wahlberechtigt sollten Männer und Frauen über 20 Jahre sein. Noch wenige Monate zuvor hatte sich das Zentrum heftig gegen die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für Frauen gewehrt.

*Bei Verfassunggebender Landesversammlung  
dritte Kraft – Wortführer Adolf Gröber:  
nur der Ordnung halber*

Da der Wahltermin für die Württembergische Verfassunggebende Landesversammlung immer weiter nach vorn verschoben wurde, mussten alle Parteien in großer Eile ihre Kandidatinnen und Kandidaten bestimmen. Auf dem Wahlvorschlag des württembergischen Zentrums fanden sich nur drei Frauen auf aussichtsreichen Plätzen, nämlich Luise Rist (Platz 4), Mathilde Kühnert (15) und Amelie Freifrau von Soden (26). Streng wurde auch hier darauf geachtet, nur Frauen kandidieren zu lassen, die sich aktiv in katholischen Organisationen betätigten: Am weitesten vorn kandidierte das Vorstandsmitglied des Katholischen Frauenbundes Rist (1877–1955),

danach das Vorstandsmitglied des Landesausschusses der Katholischen Arbeiterinnenvereine Kühnert (1874–1957), weiter hinten das Vorstandsmitglied des Landesausschusses des Katholischen Frauenbundes und Vorsitzende des Elisabethen-Vereins von Soden (1869–1953). Ohne Aussicht, gewählt zu werden, kandidierten auch die Gmünder Hauptlehrerin Emilie Fritz, die Ulmer Leiterin des «Guten Hirten» und Ortsvorsitzende des Katholischen Frauenbundes Agnes Schultheiß (1873–1959), das Vorstandsmitglied des Vereins katholischer kaufmännischer Gehilfinnen und Beamtinnen Katharina Grimm und die Caritas-Sekretärin und Geschäftsführerin des Katholischen Kinderfürsorgevereins Theresia Zimmerle (1891–1970), die zugleich mit 27 Jahren die jüngste Kandidatin auf der Liste war.

Immerhin ließ die Zentrumsparterie die erste Frau auf Platz 4 kandidieren und wurde damit nur von der USPD übertroffen, deren Spitzenkandidatin Klara Zetkin auf Platz 3 war. Von ihnen und den wenigen anderen Frauen, die in den folgenden Jahren für das Zentrum bei Reichs-, Landtags- und Gemeinderatswahlen kandidierten, konnten nur Luise Rist, die bis 1933 dem Landtag angehörte, und Agnes Schultheiß, die in der Ulmer Kommunalpolitik als Gemeinderätin eine große Rolle spielte, dem



Willkommen  
im Land der Sinne.



Das wird ein Sommer für Genießer: beim Picknick am See, auf der Terrasse oder bei einem guten Essen mit Freunden. Unter unseren Württemberger Originalen wie Trollinger, Schwarzriesling, Lemberger, Kerner oder Riesling finden auch Sie ganz sicher Ihren Lieblings-Württemberger für die besonderen Momente. Überall, wo es guten Wein gibt – achten Sie einfach auf den Kennerkopf.

Entdecken Sie Ihren Lieblings-Württemberger!

Württembergischer Weingärtnergenossenschaften / [www.kenner-trinken-wuerttemberger.de](http://www.kenner-trinken-wuerttemberger.de)



Reichsparteiausschuss angehörte und bis 1928 jeweils sowohl für Reichstag als auch Landtag kandidierte, auf eine vergleichsweise kontinuierliche politische Laufbahn verweisen. Beide wurden später mit dem päpstlichen Orden «Pro Ecclesia et Pontifice» ausgezeichnet.

Bei den Wahlen zur Landesversammlung, die 150 Sitze hatte, wurde das Zentrum mit 31 Mandaten hinter SPD (52) und DDP – Deutsche Demokratische Partei – (38) drittstärkste Kraft im Parlament. Die USPD hatte nur vier Sitze gewonnen, sodass die beiden sozialdemokratischen Parteien auch gemeinsam weit von einer absoluten Mehrheit entfernt waren. Die Zusammensetzung der 31-köpfigen Zentrumsfraktion der Landesversammlung – darunter drei Frauen – spiegelte das hohe Maß an personeller Kontinuität eindrücklich wider, denn von ihnen hatten 14 – mit Weihbischof Dr. Joannes Baptista Sproll, der



Weihbischof Dr. Joannes Baptista Sproll (1870-1949), der spätere Rottenburger Bischof, gehörte schon seit 1913 als Vertreter des Rottenburger Domkapitels der Ersten Kammer des Württembergischen Landtags an. 1919 ließ er sich auf Platz 3 der Wahlvorschlagsliste der Zentrumsparterie in die Verfassunggebende Landesversammlung wählen und nahm großen Einfluss auf die Schaffung der Verfassung und die Schulgesetzgebung.



Bei den Wahlen zur Landesversammlung und zur Nationalversammlung im Januar 1919 kämpften alle Parteien in Württemberg – hier ein Wahlaufdruck der USPD – besonders um die erstmals wahlberechtigten Frauen.

als Vertreter der Diözese Rottenburg der Kammer der Standesherrn angehört hatte, sogar 15 – Mandatsträger schon vor der Revolution dem Parlament angehört, d. h. fast die Hälfte aller Fraktionsmitglieder! Zum Vergleich: In der SPD-Fraktion gab es zwar ebenfalls 14 Parlaments-Veteranen, jedoch umfasste die Fraktion 52 Mitglieder, sodass der Anteil nur wenig mehr als einem Viertel entspricht. Der älteste Zentrumsabgeordnete war damals der 68-jährige Schultheiß und Bauer Josef Sommer (1851–1927) aus Beizkofen bei Saulgau, der jüngste der noch nicht ganz 33-jährige Gewerkschaftssekretär Karl Gengler (1886–1974). Führend in der Fraktion waren aber die Veteranen, an ihrer Spitze Staatssekretär a. D. Adolf Gröber (1854–1919), Kiene und Karl Ludwig Walter (1858–1930), Landgerichtsdirektor in Ellwangen, alle drei Juristen. Walter hatte sich seit langem in Fragen des Staatsrechts und der Verfassung eingearbeitet und war deshalb von seiner Partei Mitte Dezember 1918 in die von der provisorischen Regierung eingesetzte Verfassungskommission entsendet worden, deren Aufgabe es war, der Landesversammlung einen Verfassungsentwurf vorzulegen. Walter wurde zum 2. Vizepräsidenten der Landesversammlung und zum stellvertretenden Vorsitzenden ihres Verfassungsausschusses gewählt.

Das große Wort in der Partei führte Adolf Gröber, der seine politischen Aktivitäten mehr auf die Reichsebene verlagert hatte, seit er 1917 zum Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums gewählt worden war. Gröber verfügte über ein bezwingendes rednerisches Talent und war geradezu gefürchtet. Am 23. Januar 1919 stritt er in der Landesversammlung die Notwendigkeit und Zwangsläufigkeit der Revolution insgesamt ab und gab damit der Grundhaltung seiner Partei beredten Ausdruck. Nur zum Wohle des Volkes und zur Aufrechterhaltung der Ordnung habe sich das Zentrum an der Regierung beteiligt, ohne aber die Grundlage, auf der diese stand, irgendwie gutzuheißen. Er ging allerdings nicht darauf ein, dass ohne die Revolution die Zulassung der Männerorden, die von der Regierung Blos Ende 1918 gewährt worden war, wohl noch sehr lange hätte auf sich warten lassen. SPD und die Deutsche Demokratische Partei, die ebenfalls in der Regierung vertreten war, während die beiden Minister der USPD im Januar 1919 schon wieder ausgeschieden waren, kamen dem Zentrum in vielen Fragen entgegen, um in Württemberg die später sogenannte Weimarer Koalition aus SPD, DDP und Zentrum zu stabilisieren. Das Zentrum hat dies wenig später schnell vergessen.

*25. September 1919: Verfassung des freien Volksstaates Württemberg schreibt Konfessionsschule fest*

Der politische Umsturz hatte bei vielen Funktionären der Partei Unmut ausgelöst. Mancher zog sich unter Hinweis darauf, dass er mit den neuen Verhältnissen nichts zu tun haben wollte, oder auf sein

Alter aus der Politik zurück. Zu ihnen gehörte auch der Landesvorsitzende Rembold. Als im Januar 1919 ein neuer Landesvorstand gewählt wurde, stand Rembold nicht mehr zur Verfügung. Wer sollte sein Nachfolger werden? Gröber, Kiene und Walter lehnten ab, da sie mit Arbeit eingedeckt waren; Vertreter der jüngeren Generation wie der Arbeitersekretär Josef Andre (1879–1950), der Verbandsvorsitzende Johannes Groß (1879–1954), der Postbeamte Eugen Graf (1873–1923) oder der Amtsrichter Eugen Bolz (1881–1945) wussten, dass sie nicht genügend Akzeptanz finden würden – noch nicht. So nahm die steile politische Karriere des Kanzleidirektors im Justizministerium Josef Beyerle (1881–1963) ihren Anfang. Der noch nicht 40 Jahre alte Beyerle wurde zum neuen Landesvorsitzenden des württembergischen Zentrums gewählt, ein Beamter, der sich bisher politisch nicht betätigt hatte, weil dies mit seiner Grundauffassung von seiner Aufgabe als Staatsdiener nicht vereinbar war. Nachdem aber besonders die SPD zahlreiche Parteifunktionäre in der Staatsverwaltung untergebracht hatte, ließ auch Beyerle seine Zurückhaltung fallen und schloss sich als gläubiger Katholik dem Zentrum an. Persönliche Bindungen – mit Bolz hatte er die Schulbank der Rotenburger Lateinschule gedrückt, Walter war wie er Mitglied der katholischen Studentenverbindung Alamannia – erleichterten ihm den Zugang. Es ist nicht auszuschließen, dass so mancher «alte Fuchs» in der Partei meinte, mit Beyerle habe man einen leicht lenkbaren, eigentlich unpolitischen Parteiverwalter und Wahlkampforganisator gewählt, der sich ansonsten zurückhalten würde. Man sollte sich täuschen.

## Fir alle, dia wo's wissa welled ... ... ond sich et zom froga drauet!

„Dem Reingeschmeckten [...] ist es ein zuverlässiger Führer durch den Bedeutungsdschungel hiesiger Sprache, dem Eingeborenen bietet es tausendfache Belege für den Wandel und die Erweiterungen des von ihm täglich Gesprochenen sowie einen Schutz vor sprachlicher Verarmung. Am anrühriqsten aber ist es womöglich zu entdecken, wieviel Kindheitsworte einem auf Erwachsenenwegen mit der Zeit abhanden gekommen sind.“

Schwäbisches Tagblatt

### Schwäbisches Handwörterbuch

bearbeitet von Hermann Fischer und Hermann Taigel

3., erweiterte Auflage 1999. 687 Seiten. ISBN 978-3-16-147063-9 gebunden € 39,-

Erhältlich im Buchhandel.



Mohr Siebeck • Postfach 20 40 • 72010 Tübingen • [www.mohr.de](http://www.mohr.de)

Die Erarbeitung der Landesverfassung des freien Volksstaates Württemberg war die wichtigste Aufgabe der Landesversammlung. Justizminister Kiene, dessen Gesundheit sich rapide verschlechterte, versuchte mit Walter und den drei anderen Zentrumsmitgliedern im Verfassungsausschuss – dem Rottweiler Rechtsanwalt Lorenz Bock (1883–1948), dem Neresheimer Oberamtsbaumeister Michael Schmid (1862–1935) und Weihbischof Dr. Joannes Baptista Sproll (1870–1949) –, möglichst weitgehend die Forderungen der Katholiken in der Verfassung festzuschreiben, vor allem die Existenz der konfessionellen Volksschule, was auch gelang. Der württembergische Verfassungsentwurf musste mit dem erst einige Monate später vorliegenden Verfassungstext für das Reich abgeglichen und angepasst werden, ehe die Verfassung am 25. September 1919 in Kraft trat – auf den Tag genau ein Jahrhundert nach Inkrafttreten der Verfassung des Königreiches Württemberg. Im Staatsanzeiger und in der Tagespresse erschien ein die Bedeutung der Verfassung würdigender Text Kienes, der zu diesem Zeitpunkt schon tot war. Der im 68. Lebensjahr stehende Johann Baptist von Kiene war am 24. September im Krankenhaus von Wangen im Allgäu gestorben. Kurz zuvor hatte er versucht,

seine Nachfolge selbst zu regeln, und wollte den nur wenige Jahre jüngeren Karl Walter zum Justizminister vorschlagen. Dieser zeigte kein Interesse und verwies auf seine Mehrfachbelastung als aktiver Jurist und in Führungsfunktionen tätiger Parlamentarier.

An Juristen bzw. Persönlichkeiten mit umfassenden juristischen Kenntnissen mangelte es der Partei nicht. Der Tübinger Hochschullehrer (katholische Theologie) Dr. Ludwig Baur (1871–1943) wäre ebenso in Frage gekommen wie die jüngeren Abgeordneten Lorenz Bock und Norbert Kiechle (1885–1966), beide Rechtsanwälte und Mitglieder der katholischen Studentenverbindung Alamannia. Die Fraktion nominierte aber einstimmig Mitte Oktober 1919 Amtsrichter Eugen Bolz für das Amt. Hingegen sträubte man sich, aus den eigenen Reihen den Nachfolger des ausgeschiedenen Ernährungsministers Julius Baumann (DDP) zu stellen, weil in diesem Bereich bei allen Bemühungen nur Schelte zu ernten war, und schlug deshalb vor, das Ministerium aufzuheben und an das Innenministerium anzugliedern. Dies war mit Staatspräsident Wilhelm Blos nicht zu verwirklichen. So wurde der durchsetzungsfähige Eugen Graf als Ernährungsminister vorgeschlagen und ernannt.



Die Mitglieder der Landtagsfraktion der Zentrumspariei, nach 1920: sitzend August Pollich (1. von links), Lorenz Bock (2. von links), Johann Sommer (4. von links), Luise Rist (5. von links), Eugen Bolz (6. von links), Josef Andre (7. von links). Stehend in der 2. Reihe Mitte Landtagspräsident Karl Walter, rechts daneben Gustavo Hanser. Stehend 2. Reihe ganz links Aloys Kuchle, 4. von links Oscar Adolf Adorno.

Links: der Rottweiler Rechtsanwalt Lorenz Bock (1883 bis 1948). Abgeordneter von 1919 bis 1933, Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern von 1947 bis zum 4. August 1948.

Rechts: der württembergische Innenminister Eugen Graf.



Der fast gleichzeitige Tod der Gründerväter Gröber – er starb am 19. November 1919 im Berliner Reichstagsgebäude, der Stätte seines Wirkens seit über 30 Jahren – und Kiene machte die Bahn für die jüngere Generation frei. Zwar folgte der 61-jährige Walter Gröber als Fraktionsvorsitzender nach und blieb es bis zu seinem Ausscheiden aus der Politik 1924. Er band aber bewusst jüngere Kräfte stärker in die Verantwortung ein, vor allem Andre, Bolz, Bock und Graf, den man als führenden Politiker der Partei seit 1920 sehen muss. Eugen Graf, ein politisches Naturtalent, dessen Ideenreichtum, Durchsetzungsvermögen und Energie damals kaum einen Vergleich hatten, war der «Mann für alle Fälle» seiner Partei, ein Vollblut-Politiker, der nach schwierigen Aufgaben geradezu dürstete und deshalb als Ernährungsminister am richtigen Platz war. Nach der Landtagswahl von 1920, bei der die Zentrumsparlei sich gegenüber 1919 um zwei Prozentpunkte verbesserte und in einem nunmehr über 101 Sitze verfügenden Landtag mit 23 Mandaten die stärkste Fraktion bildete, verzichtete sie auf die Besetzung des Staatspräsidenten-Amtes, nominierte aber ihren Fraktionsvorsitzenden Karl Ludwig Walter zum Landtagspräsidenten.

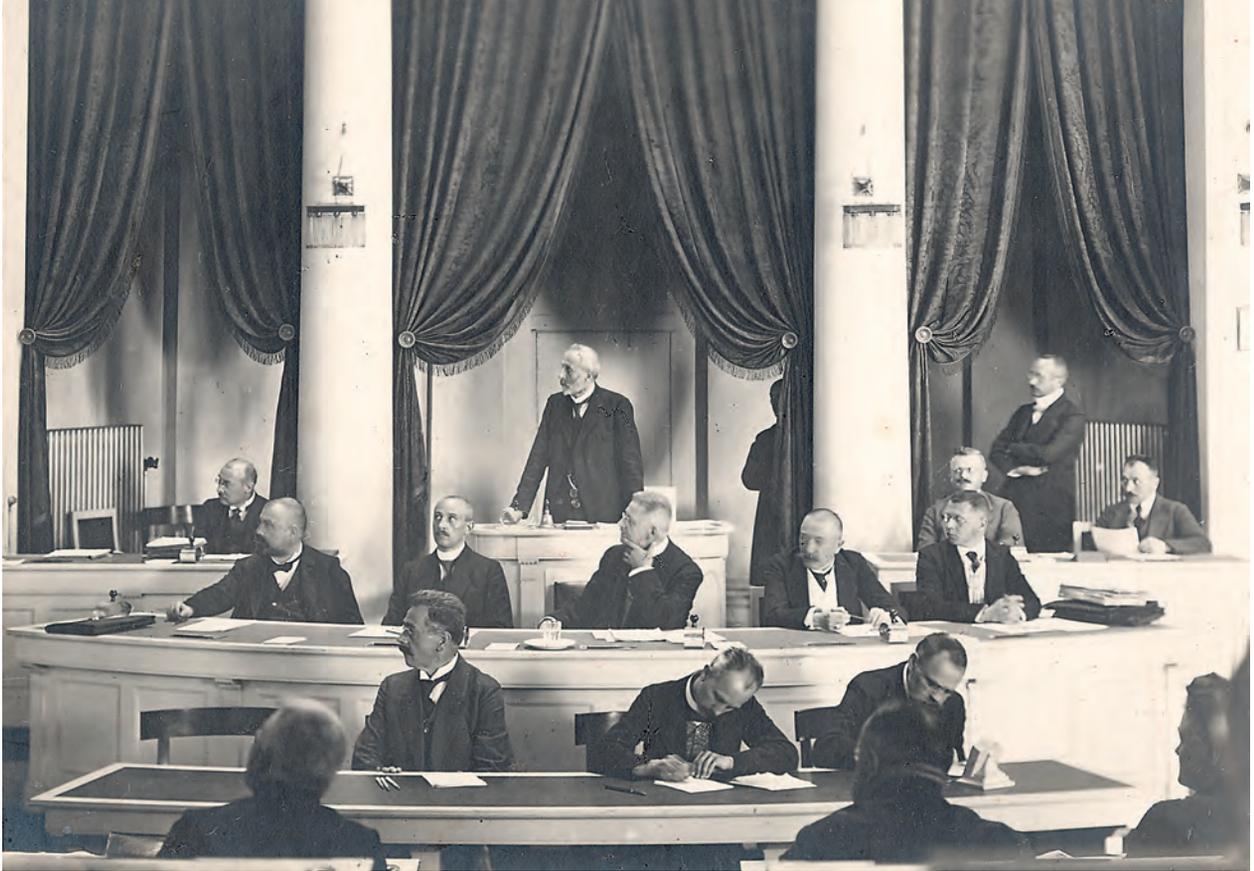
*Eugen Bolz, Justiz, Eugen Graf, Minister des Inneren – Polizeidirektor Hahn schlägt Putschversuche nieder*

Wie auch die andere Koalitionspartei hatte das Zentrum sich dafür ausgesprochen, trotz des für die SPD katastrophalen Wahlausganges weiterhin den konservativ eingestellten Sozialdemokraten Wilhelm Bloss als Regierungschef beizubehalten. Die SPD drängte jedoch auf Rückzug aus der Regierungsver-

antwortung, sodass nunmehr die DDP an der Reihe war, einen Personalvorschlag zu machen. Sie präsentierte den bisherigen Minister des Kirchen- und Schulwesens Johannes von Hieber (1862–1951) als Kandidaten. Er bildete eine Minderheitsregierung aus Vertretern der DDP und des Zentrums, – die gemeinsam nur über 38 Sitze im Landtag verfügten, – in der Hoffnung, über kurz oder lang die Sozialdemokraten doch noch zum Eintritt in die Regierung bewegen zu können. Eugen Bolz blieb Justizminister und wurde zum Stellvertreter des Staatspräsidenten bestimmt; Eugen Graf trat an die Spitze des Innenministeriums.

Diese Ministerernennung wirbelte viel Staub auf. Das liberale «Stuttgarter Neue Tagblatt» (30. Juni 1920) hielt zwar fest, dass Graf als Ernährungsminister *nicht eitel Anerkennung gefunden habe, weder rechts noch links noch in der Mitte*, gestand aber auch zu, *dass an den ungeheuren Schwierigkeiten dieses Postens mancher gute Wille scheitern muss. Genügend Robustheit für das neue Amt bringe Graf mit.* «Der Württemberger» (1. Juli 1920) wurde etwas deutlicher, indem er schrieb, Graf sei *ein Draufgänger und hat im Stuttgarter Gemeinderat wie im Landtag manchen wilden Strauß ausgefochten. Kampf ist ihm ersichtlich Lebensbedürfnis, und er fühlt sich gar nicht recht wohl, wenn er sich eines trockenen, (...) verbindlichen Tons befleißigen muß.* Im Ernährungsministerium werde der Wechsel Grafts mit einer gewissen Erleichterung aufgenommen, aber auch hier wurden ihm *Tatkraft und Entschlossenheit* nicht abgesprochen.

Wesentlich schärfere Töne kamen aus der SPD- und KPD-Presse. Die «Schwäbische Tagwacht» (1. Juli 1920) sah Grafts Wechsel ins Innenministerium am Dorotheenplatz als *Flucht vor der Aufgabe*



Landtagssitzung im Halbmondsaal des Stuttgarter Ständehauses, ca. 1920. Hinten stehend Landtagspräsident Karl Walter (Zentrumspartei), in der Mitte sitzend die Mitglieder der Staatsregierung, von links nach rechts: Innenminister Eugen Graf (Zentrumspartei), Justizminister Eugen Bolz (Zentrumspartei), Staatspräsident Dr. Johannes von Hieber (DDP), Finanzminister Theodor Liesching (DDP) und Arbeitsminister Dr. Wilhelm Schall (DDP).

im Ernährungsministerium, der er sich *nach keiner Richtung gewachsen gezeigt* habe. Die SPD hege gegen ihn *starke Bedenken*, zumal sich Hinweise verdichteten, der neue Innenminister sei in verschiedene Affären verwickelt. Es sei verwunderlich, dass die Zentrumspartei keinen geeigneteren Ministerkandidaten gefunden habe.

Das Regieren ohne parlamentarische Mehrheit war schwierig, wenn auch die Deutsche Volkspartei – sie hatte vier Sitze im Parlament – bereit war, die Regierung zu unterstützen. Erst im November 1921 kam eine solche Mehrheit zustande, als die SPD sich doch noch entschloss, sich an der Regierung zu beteiligen, indem Wilhelm Keil Arbeits- und Ernäh-



Links: Josef Beyerle, Kanzleidirektor im Justizministerium. Rechts: Der Rottenburger Amtsrichter Dr. jur. Eugen Bolz (1881–1945). Mitglied des Reichstags seit 1912, Abgeordneter 1919–1933, württembergischer Staatspräsident.

rungsminister wurde. Zwei Jahre nach Ende des Ersten Weltkrieges kam auf die Länder des Reiches eine Fülle von Aufgaben zu, die zum großen Teil im Zusammenhang mit der Erfüllung des Friedensvertrags von Versailles standen. In Württemberg kam es zu Steuerstreiks und Sabotageakten, daneben war die Neuordnung der Polizei, die vereinheitlicht und verstaatlicht werden sollte, zu leisten. Der Innenminister hatte alle Hände voll zu tun, sah sich ständig, im Parlament, in der Presse, in öffentlichen Versammlungen, heftigster Kritik ausgesetzt. Auch der Streit mit Polizeidirektor Paul Hahn eskalierte. Hahn hatte seit Anfang 1919 durch die Bildung von Sicherheitskompanien wesentlich dazu beigetragen, die im Aufbau befindliche Demokratie in Württemberg gegen alle Putschversuche zu verteidigen. Dabei war er weitgehend frei in seinen Entscheidungen gewesen, da er loyal zur Regierung stand und seine Erfolge für sich sprachen. Hahn wollte nicht einsehen, dass er als Polizeidirektor nunmehr dem Innenminister unterstehen und verantwortlich sein sollte, und er verlangte, nur der Regierung insgesamt zu unterstehen. Graf konnte darauf gar nicht eingehen, ohne seine Position als Minister zu beschädigen, und stellte die Kabinettsfrage. Im April 1922 wurde Paul Hahn von seinen Dienstgeschäften entbunden.

In seinen Erinnerungen flicht Hahn verständlicherweise Graf keine Kränze. Vor allem beklagt er, sich niemals im persönlichen Gespräch mit dem Minister gefunden zu haben, da dieser oft krank war. Ein Jahr nach der Entlassung Hahns, am 7. Mai 1923, starb Eugen Graf nach längerer Krankheit im 51. Lebensjahr. Seine politische Leistung ist bisher von der Forschung kaum untersucht worden. Es stellt sich die Frage, welche Alternativmöglichkeiten ein anderer Amtsinhaber besessen hätte. Graf kämpfte mit vollem Einsatz für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung und versuchte, eine stabile innere Sicherheit im Land aufzubauen, die er korrekt als wesentliche Grundlage für eine Beruhigung der Verhältnisse ansah.

*Zentrum und Liberale scheitern an Verwaltungsreform – Landtagswahl Mai 1924: Regierung Bazille-Bolz*

Die Frage der Nachfolge Grafs entfachte eine schwere Koalitionskrise, die zum Rückzug der SPD aus der Regierung führte. Die Sozialdemokraten, die Grafs Politik für einseitig gegen die Arbeiter gerichtet hielten, hatten darauf bestanden, das Innenministerium zu besetzen, ebenso das Zentrum. Staatspräsident von Hieber versuchte mit allen Mitteln, den Bruch der Koalition zu verhindern, bot sogar an, einen zweiten SPD-Minister (ohne Portefeuille) ins

Kabinett zu berufen – ohne Erfolg. Wilhelm Keil trat als Minister zurück, die Regierung verlor nach wenig mehr als 18 Monaten ihre parlamentarische Mehrheit. Am 2. Juni 1923 wurde der bisherige Justizminister Eugen Bolz zum Innenminister, der Landesvorsitzende des Zentrums Josef Beyerle zum Justizminister berufen. Im Kampf um das Ministerium hatte das Zentrum gesiegt, aber das Fundament der Regierung unterminiert.

Das Ende ließ nicht lange auf sich warten. Der Bruch des Regierungsbündnisses zwischen Liberalen und Zentrum ging auf die Frage der Verwaltungsreform zurück. Diese war zu Beginn des Jahres 1924 einvernehmlich beschlossene Sache im Staatsministerium. Sieben kleinere Oberämter sollten aufgehoben werden. Der mächtig nach vorn drängende Lorenz Bock einigte sich Ende März 1924 mit der Fraktion des Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbundes sowie der deutschnationalen Bürgerpartei darauf, diese Reform kurzerhand zu vertagen und erst nach der Landtagswahl durchzuführen. Staatspräsident von Hieber und sein Parteifreund, Finanzminister Wilhelm Schall (1882–1928), hatten mehrfach und sehr deutlich ihr politisches Schicksal an die rasche Durchführung der Reform geknüpft.

## Schwäbisch Hall



### Kuchen- und Brunnenfest der Salzsieder

**10. - 13. Juni**

Fackeltanz • Mühlenbrand • Gerichtsszenen  
Salzsieden • Siedertänze und viel Musik

Touristik und Marketing | Am Markt 9 | 74523 Schwäbisch Hall  
Telefon 0791 / 751-246 | [www.schwaebischhall.de](http://www.schwaebischhall.de)

Als nun am 5. April 1924 der Antrag auf Vertagung der Reform im Landtag eine Mehrheit erhielt, traten Hieber und Schall umgehend zurück. In der Presse war vom *Dolchstoß im Halbmondsaal*, wie das württembergische Abgeordnetenhaus aufgrund seiner Form hieß, die Rede. Aus nur kurzfristig wirksamen, wahltaktischen Gründen hatte das Zentrum die DDP verprellt. Es war die größte Dummheit, die es hatte machen können.

In seiner Verlegenheit suchte das Zentrum nach einem Regierungschef auf Abruf, denn die Landtagswahl war auf den 4. Mai 1924 angesetzt. Weder Bolz noch Beyerle, die zwar pro forma auch zurückgetreten waren, aber als «Rumpf» des Kabinetts Hieber eben nach wie vor bereitstanden, wollten sich in die Nesseln setzen und sich politisch desavouieren. So wurde der Ministerialdirektor im Arbeits- und Ernährungsministerium, Staatsrat Edmund Rau (1868–1953), am 8. April 1924 für zwei Monate zum württembergischen Staatspräsidenten gewählt. Er berief Bolz und Beyerle ins Kabinett. Die Wahl brachte der Zentrumsparterie knapp 21 Prozent der Stimmen, was 17 Sitzen im nunmehr auf 80 Sitze verkleinerten Landtag entsprach. Ebensoviele Sitze hielt der Bauern- und Weingärtnerbund, der dem Zentrum vor allem bei seiner Klientel im überwiegend katholisch-agrarischen Oberschwaben Probleme bereitete und mit der Bürgerpartei eine Fraktionsgemeinschaft eingegangen war, die mit insgesamt 25 Sitzen die stärkste Fraktion stellte. Obwohl die Bürgerpartei seit 1919 kontinuierlich weniger Wählerzuspruch erhalten hatte, gestand ihr der Bauern- und Weingärtnerbund unter der faktischen politischen Führung des mächtigen Zeitungsverlegers Theodor Körner aus Herrenberg das Amt des Regierungschefs zu, während das Zentrum sich dafür aussprach, den bewährten Edmund Rau wiederum zum Staatspräsidenten zu wählen.

Doch Wilhelm Bazille, der Fraktionsvorsitzende und Bürgerpartei-Abgeordnete, drängte in die Villa Reitzenstein und vermochte sich trotz Bedenken von Seiten des Zentrums, insbesondere der «betroffenen» Minister Bolz und Beyerle, durchzusetzen. Bazille war ohne Frage ein vorzüglicher Kenner der Staatsverwaltung und begnadeter Parteiführer und Redner, hatte sich aber durch seine Sprunghaftigkeit und die ihm eigene schneidende Rhetorik viele Feinde gemacht, die mit Sorge und Ärger sahen, dass dieser Mann, der noch im Jahr zuvor in einen Umsturzversuch im Umfeld des Hitlerputsches in München verwickelt gewesen war, nun die politische Macht in Württemberg übernehmen sollte.

Wenn sich viele Befürchtungen in Bezug auf Bazille als nicht richtig erweisen sollten, so lag dies

auch am mäßigen Einfluss der Minister Bolz und Beyerle, die im Kabinett Bazille ihre Ressorts beibehielten. Die Regierung Bazille-Bolz, in der linksorientierten Presse als *schwarzblauer Block* bezeichnet, verfügte mit 42 Sitzen im Landtag über eine parlamentarische Mehrheit und wahrte die Belange Württembergs in der stabilen Phase des Weimarer Systems. Es nimmt nicht Wunder, dass diese Regierung im Hinblick auf innere Unruhen im Land auf dem rechten Auge fast völlig blind war und insbesondere die Gefahr des Nationalsozialismus unterschätzte. Innenminister Bolz war der festen Überzeugung, das Problem des gesamten Rechtsextremismus, ebenso wie das des Linksextremismus, mit polizeilichen Mitteln lösen zu können. Justizminister Beyerle neigte ebenfalls dazu, eher «linke» als «rechte» Scharfmacher verhaften zu lassen.

Mit dem Ausscheiden Karl Walters aus dem politischen Leben Mitte 1924 hatte sich die Verjüngung innerhalb der Partei endgültig vollzogen. Zum neuen Fraktionsvorsitzenden wurde der Rottweiler Rechtsanwalt Lorenz Bock gewählt, zwei Jahre jünger als Bolz und Beyerle und beiden sowohl in der Agitation als auch in der Dynamik sicherlich überlegen. Bock führte die Fraktion bis März 1933 und erwies sich als einer der wenigen württembergischen Zentrumspolitiker, der die in ihn gesetzten Erwartungen nicht enttäuschte. Ambitionen auf ein Reichstagsmandat hatte er nie, und ebensowenig strebte er danach, zum Minister ernannt zu werden. Als hervorragender Kenner bildungs- und kommu-



Der Landtagsabgeordnete Aloys Kühle (1888–1936), Student in Ulm, war eine der «Arbeitsbienen» der Zentrums-Landtagsfraktion.

nalpolitischer Fragen erwies sich Aloys Kühle (1888–1936), Lehrer aus Geislingen, der später nach Ulm umzog.

Als Aktivposten kraft seines Einflusses als Präsident der Württembergischen Landwirtschaftskammer war auch Oscar Adorno (1872–1937), Gutsbesitzer auf Kaltenberg bei Tettngang und Onkel des späteren CDU-Politikers Eduard Adorno (\* 1920), innerhalb der Fraktion zu sehen. Präsident Adorno und der Landwirtschaftskammerdirektor Dr. Wilhelm Ströbel (1870–1952), der im Landtag die Fraktion des Bauern- und Weingärtnerbundes mit der Bürgerpartei führte, waren wie personelle Leuchtzeichen ein Indiz dafür, wie eng sich das Zentrum an die Rechte angeschlossen und damit zunehmend von der SPD, dem Partner aus den ersten Jahren nach der Revolution, entfernt hatte. Dabei war das Zentrum nach seinem eigenen Selbstverständnis eine *Partei der Mitte*. Eugen Bolz hatte im Februar 1924 in Saulgau betont: *Das Zentrum muss den Kern bilden, um den sich die anderen Parteien gruppieren; wir dürfen nicht rechts und links gehen, sondern müssen besonnen das Volk sammeln, das ist der Weg, auf dem wir vorwärtskommen*. Bolz, der nach Grafs Tod in die Rolle des eigentlichen Parteiführers hineinwuchs, hielt dennoch nichts von den Plänen des preußischen Spitzenpolitikers Adam Stegerwald, die Partei zu öffnen – *Heraus aus dem Zentrumsturm!* – und damit den Versuch zu wagen, sie zu einer echten Volkspartei umzugestalten.

*Landtagswahl Mai 1928: SPD stärkste Kraft – Minderheitsregierung Eugen Bolz und Wilhelm Bazille*

Folgerichtig kam auf Bolz das Amt des Staatspräsidenten zu, nachdem die Landtagswahl vom 20. Mai 1928 das Zentrum bei geringen Verlusten recht stabil bestätigt hatte (17 Sitze), Bauern- und Weingärtnerbund und insbesondere Bazilles Bürgerpartei aber

erheblich verloren hatten. Die SPD war mit 22 Sitzen stärkste Fraktion geworden. SPD, Zentrum und DDP (jetzt 8 Sitze) hätten gemeinsam eine Mehrheit von 47 Mandaten besessen, sodass die Möglichkeit des Wiederaufgreifens der «Weimarer Koalition» nahelag. Man trat in Verhandlungen ein, wobei seitens des Zentrums die Verhandlungsführung bei Beyerle lag, der es verstand, die Sozialdemokraten lange hinzuhalten, während Bazille und Bolz um das Amt des Regierungschefs kämpften. Zu keiner Zeit waren Beyerle oder Bolz ernsthaft daran interessiert, die SPD an der Regierung zu beteiligen. Vielmehr versicherte sich Bolz der Unterstützung des Christlichen Volksdienstes, der erstmals drei Abgeordnete ins Parlament gebracht hatte, fand Wilhelm Bazille mit dem Kultusministerium ab und stellte sich an die Spitze eines Kabinetts, das von Anfang an mit größten Problemen zu tun hatte, angefangen mit Misstrauensanträgen gegen das Staatsministerium und die Person des Ministers Bazille. Die Regierung Bolz-Bazille hatte keine parlamentarische Mehrheit, und nicht wenige Zentrumsführer im Reich und in anderen Ländern schüttelten den Kopf und sprachen von *schwäbischen Verrücktheiten*, ohne Not die stärkste Fraktion von der Regierung auszuschließen und damit die Stabilität der Demokratie aufs Spiel zu setzen.

Bolz und Beyerle hatten die württembergische Zentrumspartei fest im Griff. Obwohl Bolz selbst früher wiederholt betont hatte, man könne der «Rechten» nicht trauen, verband er nun sein Schicksal und das der Partei sehr eng mit ihr. 1930/31 attackierte der evangelische Ausschuss der Bürgerpartei im Schulterschluss mit dem nationalsozialistischen evangelischen Pfarrerbund heftig die vom Zentrum dominierte Koalition, die sich der «Katholisierung» des Landes nicht gewachsen zeigte. Die Vorwürfe waren haltlos, taten aber in der aufgeheizten Atmosphäre der beginnenden 1930er-Jahre ihre Wirkung.

**Sonntags-Erlebnisse**  
Willkommen in Bönningheim!

**Bönningheimer Kultursonntage**  
SO 1.5. | SO 5.6. | SO 3.7.  
SO 7.8. | SO 4.9. | SO 2.10.

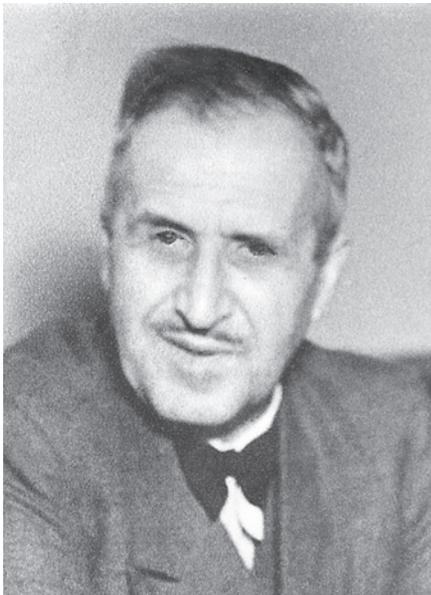
Stadt Bönningheim  
Wein- und Museumsstadt

3B Museums PASS

„Sammlerglück“ 8.5. – 2.10.  
Schwäbisches Schnapsmuseum

Tel. 071 43/273-21 · 74357 Bönningheim · tourist-info@boennigheim.de · www.boennigheim.de





*Felix Walter (1890–1949), der Sohn des Zentrums-Politikers Karl Walter, war von 1930–1933 Vorsitzender des Bezirksverbandes der Zentrumspartei Groß-Stuttgart. Der Beamte wirkte nach 1945 als Landtagsabgeordneter der CDU an der Verfassung von Württemberg-Baden und als Mitglied des Parlamentarischen Rates am Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland mit.*

bens», ins Leben und trug dergestalt wesentlich dazu bei, dass der Nationalsozialismus in den traditionellen Hochburgen der Zentrumspartei kaum Wurzeln zu schlagen vermochte. Und es gehörte auch ein junger Jurist zu diesem hoffnungsvollen Nachwuchs, der 1932 zum Vorsitzenden der Parteiorganisation in Rottenburg gewählt wurde und sich nach Kräften bemühte, dem spürbaren Zerfall der republikanischen Staatsform im Rahmen seiner Möglichkeiten entgegenzuwirken: Gebhard Müller (1900–1990).

*Landtagswahl 1932: Nazis stärkste Partei –  
Juli 1933: Selbstauflösung des Zentrums*

Die Ziele der NSDAP, die 1932 auch in Württemberg stärkste Partei wurde, traten indes immer deutlicher hervor. Verhandlungen über eine Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung scheiterten, da sie sowohl das Amt des Staatspräsidenten als auch das des Innenministers besetzen wollten, Ämter, die beide Bolz innehatte. Einen Versuch von SPD, DDP, Zentrum, Bauern- und Weingärtnerbund sowie Bürgerpartei, sich auf ein Regierungsbündnis zu einigen und so den Einfluss der NSDAP einzudämmen, hat es in Württemberg nicht gegeben. Die NSDAP stellte nur deshalb nicht den Regierungschef, weil das Kabinett Bolz-Bazille aufgrund einer Änderung der

Geschäftsordnung geschäftsführend im Amt bleiben konnte, nachdem bei der Staatspräsidentenwahl im Landtag weder der NSDAP-Bewerber Jonathan Schmid noch Eugen Bolz die erforderliche Mehrheit erhalten hatten.

Es war absehbar, dass die wiederum über keine Mehrheit verfügende geschäftsführende Regierung ihre Existenz bestenfalls nach Monaten würde bemessen können. Der Landesvorsitzende Beyerle hatte anlässlich einer Festveranstaltung zum 25-jährigen Bestehen der Zentrumsgruppe in Stuttgart-Ost ausgeführt, dass der Faschismus die Reform bringen wolle, *indem er mit den Parteien die Demokratie, das Recht des Volkes, über seine Geschick souverän zu entscheiden, überhaupt beseitigt, und an ihre Stelle eine Diktatur setzen will. Wir sind der Überzeugung, dass das Edlere und eines Kulturvolkes Würdigere die Demokratie ist, die aber, um dem Volke wahren Nutzen zu bringen, von hohen sittlichen Gesichtspunkten getragen sein und den Geist der Verantwortung für das Ganze pflegen muß* (Deutsches Volksblatt Nr. 265 vom 17. November 1930). Das württembergische Zentrum hat freilich den Geist der Verantwortung für das Ganze nicht genügend gepflegt, da es sich in Kenntnis der der



*Dr. Gebhard Müller (1900–1990) – hier als Fuxmajor der katholischen Studentenverbindung «Alamannia» um 1929 – begann seine politische Laufbahn als führendes Mitglied der Jugendorganisation der Zentrumspartei, des Windthorstbundes. Nach 1945 stieg er zum Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern (1948–1952), zum Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg (1953–1958) und zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts (1959–1971) auf.*

Republik drohenden Gefahren sonst einer Erweiterung der Regierungskoalition hätte öffnen müssen.

Nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 rissen die Nationalsozialisten auch in Württemberg die Macht an sich. Der ihnen verhasste Eugen Bolz, der noch im Vormonat Hitler verweigert hatte, in Stuttgart bei einer Wahlkampfveranstaltung öffentlich zu sprechen, musste mit seiner Regierung am 15. März zurücktreten. Auf Grundlage des Vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich (vom 31. März 1933) und dem Gesetz des württembergischen Staatsministeriums über die Neubildung des Landtags (vom 7. April 1933) wurde der Landtag neu zusammengesetzt. Maßgeblich waren die Ergebnisse der Reichstagswahl vom 5. März 1933, und nach diesem Schlüssel richteten sich die Mandatszuteilungen. Die Parteien – mit Ausnahme der verbotenen KPD – arbeiteten Landeswahlvorschläge aus, so auch das Zentrum, auf dessen Vorschlag 19 Namen verzeichnet waren. Die Liste wurde von Eugen Bolz angeführt, ihm folgten Lorenz Bock, Domkapitular Emil Kaim, Josef Andre, der neue Kandidat Anton Ernst Graf von Neipperg, August Renz, der neue Kandidat Dr. Clemens Möhring, Fabrikdirektor aus Gmünd, Josef Köberle, der neue Kandidat Xaver Mayer, der neue Kandidat Dr. Eugen Braun, Aloys Kühle und Dr. Otto Schmidt (1889–1946), Regierungsrat im Kultusministerium. Auf hinteren Plätzen befanden sich auch zwei Männer, die erst nach 1945 Erfolg mit ihren parlamentarischen Ambitionen haben sollten, nämlich Bernhard Bauknecht, der dann dem württemberg-hohenzollerischen Landtag und dem Bundestag angehören sollte, und der wie Andre aus Schramberg stammende Uhrmachermeister Josef Schinle (1896–1965), der ebenfalls Mitglied des württemberg-hohenzollerischen Landtags wurde.

Das Zentrum erhielt 10 Sitze im nur noch über 54 Sitze verfügenden Landtag, die NSDAP 26. Die zahlreichen neuen Namen auf der Liste sprachen eine deutliche Sprache: Die meisten Zentrumsparlamentarier wollten sich für diesen «Landtag» nicht mehr hergeben. Josef Beyerle hatte es ebenso wie Albert Sauer, der bisher jüngstes Fraktionsmitglied gewesen war, abgelehnt, auf der Liste zu kandidieren, da er, wie wenige andere auch, erkannten, dass der Landtag keinerlei Bedeutung mehr haben würde. Auch Eugen Bolz legte sein Mandat noch vor der ersten – und einzigen – Sitzung dieses traurigen Wurmfortsatzes der großen parlamentarischen Tradition Württembergs nieder. Dem «unbeirraren» Lorenz Bock blieb es vorbehalten, am 8. Juni 1933 in der einzigen Plenarsitzung dieses Schein-Parlaments namens des Zentrums die

Zustimmung zum «Ermächtigungsgesetz» auszusprechen.

Das Ende des Zentrums kam wenig später. Der neue Reichsparteivorsitzende, Reichskanzler a. D. Heinrich Brüning, unternahm noch, die Partei zu reorganisieren, und gab den Landesvorsitzenden diesen Auftrag weiter. Beyerle wandte sich deshalb auch an seinen Bundesbruder Gebhard Müller, der damals beim bischöflichen Ordinariat tätig war. Er wollte den 33-jährigen Juristen, der auch in der Jugendorganisation der Partei, im Windthorstbund, aktiv war, als Mitarbeiter für einen größeren Kreis von Oberämtern des Schwarzwaldgaus gewinnen, wo Müller die Partei führen sollte. Zudem fragte Beyerle an, ob Müller auch fernerhin zu einer führenden Mitarbeit in den Windthorstbünden in der Lage sei (Schreiben vom 26. 5. 1933, HStAS, Q 1/35, Bü 5). Der damals in Verhandlungen zur Wiederübernahme in den württembergischen Justizdienst stehende Müller lehnte diese Mitwirkung ab. Er erkannte offenbar sehr deutlich, dass die Liquidierung der Parteien bevorstand, und hielt sich illusionslos in den letzten Monaten aus der Parteiarbeit weitgehend heraus. Im Juni 1933 lösten sich die christlichen Gewerkschaften im Land auf, im Monat darauf vollzog auch das württembergische Zentrum den Prozess der Selbstaflösung.

Nach dem Ende des «Dritten Reiches» und des Zweiten Weltkrieges sind in Württemberg nur sehr wenige Stimmen laut geworden, die eine Wiedergründung des Zentrums forderten. Fast ohne Ausnahme schlossen sich auch diese wenigen, zu denen Lorenz Bock und Felix Walter gehörten, noch Ende 1945 bis Anfang 1946 der CDU an.

#### QUELLEN UND LITERATUR

- Nachlass Josef Andre im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung St. Augustin bei Bonn (ACDP), I-208.  
Nachlass Josef Beyerle im Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS), Q 1/1, und im ACDP, I-056.  
Nachlass Johannes Baptist von Kiene im HStAS, Q1/5.  
Nachlass Eugen Bolz im HStAS, Q1/25.  
Nachlass Oskar Farny im ACDP, I-468.  
Nachlass Franz Feilmayr im ACDP, I-150.  
Nachlass Karl Gengler im ACDP, I-057.  
Nachlass Gebhard Müller im HStAS, Q1/35.  
Nachlass Albert Sauer im ACDP, I-127.  
Unterlagen aus dem Nachlass Felix Walter im Privatbesitz der Familie Dr. Kuno Walter, Stuttgart-Degerloch.  
Nachlass Franz Weiß im Staatsarchiv Sigmaringen, N 1.  
Deutsches Volksblatt (Organ der Zentrumspartei Württemberg-Hohenzollern).  
Staats-Anzeiger für Württemberg  
Waldemar Besson: Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart 1959.  
Biographisches Handbuch der württembergischen Landtagsabgeordneten 1815–1933. Im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg bearbeitet von Frank

Raberg (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg), Stuttgart 2001.

David Blackburn: Class, Religion and Local Politics in Wilhelmine Germany. The Centre Party Before 1914 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abteilung Universalgeschichte, Beiheft 9), Wiesbaden 1980.

Warren Ernest Gade: Württemberg and the Reich, 1924–1928: A Study in the relations between the Reich and Länder, Phil. Diss, Stanford University 1971.

August Hagen: Gestalten aus dem schwäbischen Katholizismus, 4 Bände, Stuttgart 1949–1962 (darin Biografien von Josef Andre, Lorenz Bock, Eugen Bolz, Eugen Graf, Adolf Gröber, Luise Rist, Agnes Schultheiß).

Paul Hahn: Erinnerungen aus der Revolution in Württemberg. «Der Rote Hahn, eine Revolutionserscheinung», Stuttgart 1922.

Winfried Halder: Katholische Vereine in Baden und Württemberg 1848–1914. Ein Beitrag zur Organisationsgeschichte des südwestdeutschen Katholizismus im Rahmen der Entstehung der modernen Industriegesellschaft (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Forschungen, Bd. 64), Paderborn-München-Wien-Zürich 1995.

Anton Huber: Über den politischen Katholizismus, in: Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte 2 (1983), S. 155–159.

Joachim Köhler (Hrsg.): Katholiken in Stuttgart und ihre Geschichte. Mitarbeit von Heribert Hummel, Anton Laubacher, Georg Ott-Stelzner, Berthold Winkler-Jegler, Ostfildern 1990.

Ansgar Krimmer: Der katholische Gesellenverein in der Diözese Rottenburg von 1852 bis 1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Katholizismus in Württemberg (Veröffentlichungen der Kom-

mission für Zeitgeschichte, Reihe B, Forschungen, Bd. 66), Paderborn-München-Wien-Zürich 1994.

Max Miller: Eugen Bolz – Staatsmann und Bekenner, Stuttgart 1951.

Friedrich Purlitz (Hrsg.): Deutscher Geschichtskalender. Sachlich geordnete Zusammenstellung der wichtigsten Vorgänge im In- und Ausland. Begründet von Karl Wippermann, Leipzig 1919–1933.

Frank Raberg: Franz Wiedemeier (1890–1970). Ein christlicher Demokrat in der Landes- und Parteipolitik des deutschen Südwestens, in: Ulm und Oberschwaben 50 (1996), S. 243–306

Frank Raberg: Josef Beyerle. Zentrumsolitiker, Justiz- und Wirtschaftsminister, Mitgründer der (nord-) württembergischen CDU, 1881–1963, in: Lebensbilder aus Baden-Württemberg 19 (1997).

Frank Raberg: Adolf Gröber. Zentrumsgründer und Zentrumsführer in Württemberg, Parlamentarier und Staatssekretär, 1854–1919, in: Lebensbilder aus Baden-Württemberg 19 (1997).

Joachim Sailer: Eugen Bolz und die Krise des politischen Katholizismus in der Weimarer Republik, Tübingen 1994.

Frank Raberg: Eugen Bolz. Zwischen Pflicht und Widerstand, Leinfelden-Echterdingen 2009.

Georg Schoelen: Bibliographisch-historisches Handbuch des Volksvereins für das katholische Deutschland (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Forschungen, Bd. 36), Mainz 1982.

Thomas Schnabel, Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928–1945/46 (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 13), Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1986.

Karl Weller: Die Staatsumwälzung in Württemberg, Stuttgart 1930.

*Rainer Schoch /  
Volker Neipp*

## Auf Saurierjagd in Trossingen – Grabungen seit hundert Jahren

Baden-Württemberg ist ein klassisches Saurierfundgebiet: Ichthyosaurier und Plesiosaurier aus Holzmaden, Meereskrokodile und Flugsaurier aus Nusplingen, Urkrokodile und Riesenlurche aus Kupferzell. Neben vielen anderen spektakulären Funden sind es vor allem die Dinosaurier, die das Interesse und die Faszination aller Altersklassen wecken. Zugegeben sind es keine Größenrekorde, die unsere Funde berühmt gemacht haben. Die über 30 Meter langen und an die 80 Tonnen schweren Urzeitriesen stammen aus anderen Kontinenten. Auch die überraschende Entdeckung federtragender Dinosaurier wurde anderswo gemacht, nämlich in China. Trotzdem ragen auch die schwäbischen Dinosaurier heraus: Wer etwas über die Frühzeit der Riesenreptilien erfahren will, ihre Entstehungsgeschichte, ihre Lebensumstände und ihr Wachstum, muss zu uns kommen.

Dinosaurier entstanden in der späten Trias-Zeit, vor etwa 230 Millionen Jahren, und gerade aus dieser Epoche häufen sich die Funde in Baden-Württemberg. Nirgendwo sonst wurden derart viele und hervorragend erhaltene triassische Dinosaurier-

skelette geborgen. Und aus der großen Anzahl von Fundstellen – alleine im Stuttgarter Stadtgebiet eine ganze Reihe – ragt eine heraus: die «Rutschete» an der Oberen Mühle bei Trossingen.

*Lehrer informiert Paläontologen Eberhard Fraas –  
«Schwäbischer Lindwurm», der Plateosaurus, gefunden*

Die Entdeckungsgeschichte dieser Fundstelle lässt Kinderherzen höher schlagen: Es waren nicht Wissenschaftler oder erfahrene Fossilien Sammler, denen die ersten Knochen in die Hände fielen, sondern spielende Kinder. Die Rutschete – damals ein Abhang von fast 20 Metern Höhe am Nordhang des Trosselbaches – bot seit alters ideale Bedingungen zum Spielen. Auf Blechen glitten die tobenden Jungen die Steilkante hinunter, bei jedem Wetter. Der Knollenmergel, in dem die Saurier eingebettet sind, hat die Eigenschaft, bei Regenwetter reichlich Wasser aufzunehmen und extrem glitschig zu werden. Der junge Hermann Weiß fand dabei im Jahre 1909 einen fossilen Knochen, der aus dem violetten Mergelgestein herausgewittert war.